

Beiträge zum Informationsrecht

Band 37

**Datenschutzkonflikte zwischen
der EU und den USA**

**Angemessenheit des Datenschutzniveaus
am Beispiel der PNR-Abkommen**

Von

Bastian Baumann



Duncker & Humblot · Berlin

BASTIAN BAUMANN

Datenschutzkonflikte zwischen
der EU und den USA

Beiträge zum Informationsrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Hansjürgen Garstka,
Prof. Dr. Michael Kloepfer,
Prof. Dr. Eva Inés Obergfell,
Prof. Dr. Friedrich Schoch

Band 37

Datenschutzkonflikte zwischen der EU und den USA

Angemessenheit des Datenschutzniveaus
am Beispiel der PNR-Abkommen

Von

Bastian Baumann



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
hat diese Arbeit im Jahr 2015
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: Textforma(r)t Daniela Weiland, Göttingen
Druck: CPI buchbücher.de, Birkach
Printed in Germany

ISSN 1619-3547
ISBN 978-3-428-14783-0 (Print)
ISBN 978-3-428-54783-8 (E-Book)
ISBN 978-3-428-84783-9 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meiner Familie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Sommersemester 2015 als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis März 2015 berücksichtigt werden.

Die Dissertation entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Sehr herzlich danken möchte ich zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Friedrich Schoch, für die Betreuung und stetige Förderung dieser Doktorarbeit sowie die sehr schönen und lehrreichen Jahre an seinem Lehrstuhl, die meine juristische Ausbildung nachhaltig geprägt haben. Stellvertretend für alle meine Kolleginnen und Kollegen vom Lehrstuhl möchte ich Frau Walburga Büchel für die immer äußerst angenehme und freundschaftliche Zusammenarbeit herzlich danken. Herrn PD Dr. Eike Michael Frenzel, Dr. Conrad Neumann und Thomas Neumann danke ich zudem für Rat, Motivation und Diskussion während des Entstehens dieser Dissertation.

Herrn Prof. Dr. Jens-Peter Schneider danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Den Herausgebern sowie dem Verlag Duncker & Humblot sei für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Beiträge zum Informationsrecht“ gedankt.

Ein Teil dieser Arbeit entstand während meines Forschungsaufenthaltes an der University of California Berkeley School of Law. Herrn Prof. Paul M. Schwartz danke ich für die Ermöglichung dieses Aufenthaltes. Mein Dank gilt zudem der Erich-Becker-Stiftung der Fraport AG, die diesen Forschungsaufenthalt durch ein Stipendium gefördert hat.

Die Fertigstellung dieser Arbeit wäre ohne die stetige Unterstützung durch meine Familie und meine Freunde nicht möglich gewesen. Für ihren Rat, zahlreiche Anregungen zu dieser Arbeit sowie die Übernahme des Korrekturlesens möchte ich mich herzlich bei Lisa Alp, Lena Schröer, Michael Fischer und Markus Kring bedanken. Mein herzlichster Dank gilt meinen Eltern Regine und Dr. Götz Baumann. Sie haben mich während meines gesamten Studiums und auch sonst in allen Lebenslagen stets unterstützt und gefördert und standen mir mit Rat und Tat zur Seite. Für ihre immerwährende Unterstützung und unaufhörliche Ermutigung während der Anfertigung meiner Dissertation gilt mein allergrößter Dank meiner Freundin Lisa Alp.

Frankfurt am Main, im Juni 2015

Bastian Baumann

Inhaltsübersicht

Einleitung	37
§ 1 Gegenstand der Untersuchung	37
§ 2 Gang der Darstellung	39
<i>Teil 1</i>	
Datenfluss im internationalen Kontext	41
§ 3 Grundlagen zum Datenfluss im internationalen Kontext	41
§ 4 Realbereichsanalyse	54
§ 5 Allgemeiner Regelungsrahmen	60
§ 6 Die bestehenden Regelungen in der EU und den USA	88
§ 7 Ausblick auf Herausforderungen des Datenflusses im internationalen Kontext	200
<i>Teil 2</i>	
Datenschutzkonflikte zwischen der EU und den USA	203
§ 8 „Right to Privacy“ und der Umgang mit Daten und Datenschutz in den USA	203
§ 9 Ursachen für unterschiedlichen Datenschutz in der EU und den USA	233
§ 10 Datenschutzkonflikte und Lösungsansätze	268
<i>Teil 3</i>	
Die Übermittlung von PNR-Daten in die USA	284
§ 11 PNR-Daten – Grundlagen	284
§ 12 Nutzung von PNR-Daten zu kommerziellen Zwecken	290
§ 13 Nutzung von PNR-Daten und weiteren Datenarten zu Sicherheitszwecken	309
§ 14 Grundlagen der Datenauswertung und Auswertungssysteme	377

§ 15 Die PNR-Abkommen zwischen der EU und den USA	412
§ 16 Rechtliche Würdigung der PNR-Regelungen	506
§ 17 Optimierungsmöglichkeiten zur Herstellung einer Interessenbalance	575
Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	612
Literaturverzeichnis	614
Sachwortverzeichnis	654

Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	37
§ 1	Gegenstand der Untersuchung	37
§ 2	Gang der Darstellung	39
	<i>Teil I</i>	
	Datenfluss im internationalen Kontext	41
§ 3	Grundlagen zum Datenfluss im internationalen Kontext	41
	A. Terminologie	41
	I. Daten	42
	II. Fluss von Daten	44
	III. Internationaler Kontext	46
	B. Datenfluss im internationalen Kontext	47
	I. Punkt zu Punkt Übermittlungen	47
	II. Globale Netzwerke, Cloud Computing und soziale Netzwerke	48
	III. Transit von Daten	48
	IV. Hochladen von Inhalten in das Internet	49
	1. Die Rechtssache Lindqvist	50
	2. Tatsächliche Komponente	52
	3. Eine Entscheidung im politischen Kontext	52
§ 4	Realbereichsanalyse	54
	A. Dimensionen des Datenflusses	54
	B. Unlimitierte Gründe für Datenfluss und Feststellung eines Informationsbedarfs	55
	C. Internationale Dimension des Datenflusses	57
	D. Akteure im Bereich des Datenflusses	57
	I. Natürliche Personen	58
	II. Unternehmen	58
	III. Hoheitsträger wie Staaten und Staatenverbund	59
	IV. Internationale Organisationen	59
	V. Mögliche Bildung weiterer Kategorien	59

E. Individuelle und wechselseitige Komponente des Datenflusses	60
F. Ausblick	60
§ 5 Allgemeiner Regelungsrahmen	60
A. Historische Einordnung	61
B. Gründe für Regelungen des Datenflusses im internationalen Kontext	64
I. Regelungen zum Zwecke des Datenschutzes	64
1. Daten und Datenverarbeitung als Regelungsgegenstand	64
2. Datenschutz als Regelungszweck	65
a) Verhinderung der Umgehung nationaler Datenschutzgesetze	65
b) Schutz gegen Risiken der Datenverarbeitung in anderen Ländern ..	66
c) Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Datenschutzrechten im Ausland	66
d) Förderung des Vertrauens von Konsumenten und Individuen	67
3. Rechtsverbindliche Regelung	67
4. Zusammenfassung	67
II. Regelungen zum Zwecke der Ermöglichung und Verhinderung von Daten- flüssen	68
1. Datenfluss auch ohne Regelungen	68
2. Ermöglichung im Zusammenhang mit sachbezogenen Daten	68
3. Ermöglichung im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten	69
4. Verhinderung des Datenflusses im internationalen Kontext	70
a) Protektionistische Gründe	70
b) Schutz der staatlichen Souveränität	70
c) Politische Gründe	71
5. Zusammenfassung	72
III. Zusammenfassung	72
C. Zusammenhang von Regelungen und Akteuren	72
D. Risiken und Herausforderungen	73
I. Unterschiedliche Arten von Datenschutzregelungen	73
II. Probleme durch das Outsourcen von Datenverarbeitungen	74
III. Herausforderungen durch Datenbanken und Data-Mining	75
IV. Sicherheitsgesetze als Herausforderung für den Datenschutz	75
V. Herausforderungen in Bezug auf das anwendbare Recht und Extraterrito- rialität	76
VI. Herausforderungen durch Cloud Computing	79
VII. Weitere Risiken des Datenflusses im internationalen Kontext	81
E. Arten von Regelungen des Datenflusses im internationalen Kontext	82

I.	Explizite und implizite Regelungen	82
1.	Explizite Regelungen	82
2.	Implizite Regelungen	83
II.	Rechtsverbindliche und unverbindliche Regelungen	84
1.	Rechtsverbindliche Regelungen	84
2.	Unverbindliche bzw. freiwillige Regelungen	84
III.	Hoheitliche Regelungen und privatrechtliche Regelungen	85
1.	Hoheitliche Regelungen	85
2.	Privatrechtliche Regelungen	85
IV.	Unilaterale, bilaterale und multilaterale Regelungen	85
1.	Unilaterale Regelungen	85
2.	Bilaterale Regelungen	85
3.	Multilaterale Regelungen	86
V.	Geographiebasierte und organisationsbasierte Regelungen	86
1.	Geographiebasierte Regelungen	86
2.	Organisationsbasierte Regelungen	87
VI.	Regelungen zum Grundrechtsschutz und für sonstige Zwecke	88
VII.	Kombination der unterschiedlichen Kriterien	88
§ 6	Die bestehenden Regelungen in der EU und den USA	88
A.	Recht der EU	90
I.	Primärrechtliche Grundlagen	91
II.	Sekundärrechtliche Regelungen zum Datenfluss im internationalen Kontext de lege lata	91
1.	EU-Datenschutzrichtlinie	91
a)	Entstehungsgeschichte der Datenschutzrichtlinie	91
b)	Zweck und Anwendungsbereich der Datenschutzrichtlinie	93
c)	Art. 25 DSRL: Grundsätze – Die Bedeutung des Kriteriums der Angemessenheit	95
aa)	Ziele und Funktionen des Art. 25 DSRL	95
bb)	Art. 25 I DSRL: Die Angemessenheit des Schutzniveaus	96
cc)	Art. 25 II DSRL: Kriterien zur Bestimmung der Angemessenheit des Schutzniveaus	97
dd)	Art. 25 III DSRL: Unterrichtung über nicht bestehendes angemessenes Schutzniveau	103
ee)	Art. 25 IV DSRL: Reaktion der Mitgliedstaaten bei fehlendem angemessenem Schutzniveau	105
ff)	Art. 25 V DSRL: Reaktion der Kommission bei fehlendem angemessenem Schutzniveau	105
gg)	Art. 25 VI DSRL: Möglichkeit der Feststellung eines angemessenen Schutzniveaus	107

(1) Bisher ergangene Angemessenheitsentscheidungen	108
(2) Safe Harbor-Vereinbarung	109
(3) Angemessenheitsentscheidung zur Übermittlung von Flug- gastdaten	116
d) Art. 26 DSRL: Ausnahmen	117
aa) Ziele und Funktionen des Art. 26 DSRL	117
bb) Art. 26 I lit. a DSRL: Einwilligung des Betroffenen	118
cc) Art. 26 I lit. b DSRL: Erfüllung eines Vertrags oder Durchfüh- rung vorvertraglicher Maßnahmen	119
dd) Art. 26 I lit. c DSRL: Abschluss oder Erfüllung eines Vertrags im Interesse der betroffenen Person	120
ee) Art. 26 I lit. d DSRL: Wahrung eines wichtigen öffentlichen Interesses oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen	120
ff) Art. 26 I lit. e DSRL: Wahrung lebenswichtiger Interessen	121
gg) Art. 26 I lit. f DSRL: Übermittlung aus einem Register	122
hh) Art. 26 II DSRL: Ausreichende Garantien	122
(1) Standardvertragsklauseln	125
(2) Verbindliche Unternehmensregelungen	127
ii) Art. 26 III DSRL: Unterrichtungspflicht	129
jj) Art. 26 IV DSRL: Standardvertragsklauseln	130
e) Gleichwertiges Schutzniveau innerhalb der EU	130
2. Datenschutz-Rahmenbeschluss	131
a) Entstehungsgeschichte des Datenschutz-Rahmenbeschlusses	132
b) Zweck und Anwendungsbereich des Datenschutz-Rahmenbeschlusses	133
c) Art. 13 DSRB	134
aa) Ziele und Funktionen des Art. 13 DSRB	134
bb) Art. 13 I lit. a-c, II DSRB – Voraussetzungen für eine Über- mittlung	135
cc) Art. 13 I lit. d, III lit. a, b, IV DSRB – Das Kriterium der An- gemessenheit	136
3. Weitere exemplarische Regelungen auf EU-Ebene	139
a) Verordnung zum Datenschutz durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft	139
b) Eurojust	139
c) Europol	140
III. Sekundärrechtliche Regelungen zum Datenfluss im internationalen Kon- text de lege ferenda	141
1. Kommissionsvorschlag für eine Datenschutzgrundverordnung	143
a) Zweck der Verordnung und Referenzen zum Datenfluss im interna- tionalen Kontext	144

b) Art. 40 DSGVO: Allgemeine Grundsätze der Datenübermittlung . .	145
aa) Ziele und Funktionen des Art. 40 DSGVO	145
bb) Inhalt des Art. 40 DSGVO	145
c) Art. 41 DSGVO: Datenübermittlung auf der Grundlage eines Ange- messenenbeschlusses	146
aa) Ziele und Funktionen des Art. 41 DSGVO	146
bb) Inhalt des Art. 41 I DSGVO	147
cc) Inhalt des Art. 41 II DSGVO	147
dd) Inhalt des Art. 41 III–IV DSGVO	149
ee) Inhalt des Art. 41 V–VI DSGVO	150
ff) Inhalt des Art. 41 VII DSGVO	151
gg) Inhalt des Art. 41 VIII DSGVO	151
d) Art. 42 DSGVO: Datenübermittlung auf der Grundlage geeigneter Garantien	152
aa) Ziele und Funktionen des Art. 42 DSGVO	152
bb) Inhalt des Art. 42 I–IV DSGVO	153
cc) Inhalt des Art. 42 V DSGVO	154
e) Art. 43 DSGVO: Datenübermittlung auf der Grundlage verbind- licher unternehmensinterner Vorschriften	154
aa) Ziele und Funktionen des Art. 43 DSGVO	154
bb) Inhalt des Art. 43 I–II DSGVO	155
cc) Inhalt des Art. 43 III–IV DSGVO	156
f) Art. 44 DSGVO: Ausnahmen	157
aa) Ziele und Funktionen des Art. 44 DSGVO	157
bb) Inhalt des Art. 44 I lit. a DSGVO	158
cc) Inhalt des Art. 44 I lit. b, IV DSGVO	158
dd) Inhalt des Art. 44 I lit. c; IV DSGVO	158
ee) Inhalt des Art. 44 I lit. d, V, VII DSGVO	159
ff) Inhalt des Art. 44 I lit. e DSGVO	159
gg) Inhalt des Art. 44 I lit. f DSGVO	159
hh) Inhalt des Art. 44 I lit. g, II DSGVO	160
ii) Inhalt des Art. 44 I lit. h, III, IV, VI, VII DSGVO	160
g) Art. 45 DSGVO: Internationale Zusammenarbeit zum Schutz perso- nenbezogener Daten	162
aa) Ziele und Funktionen des Art. 45 DSGVO	162
bb) Inhalt des Art. 45 I–II DSGVO	163
h) Die (Wieder-)Einführung des ursprünglich geplanten Art. 42 DSGVO als Art. 43a DSGVO	164
2. Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie für die Datenverarbeitung bei Polizei und Justiz in Europa	166

a)	Zweck der Verordnung und Referenzen zum Datenfluss im internationalen Kontext	166
b)	Art. 33 DSRL-PJ: Allgemeine Grundsätze für die Übermittlung personenbezogener Daten	168
aa)	Ziele und Funktionen des Art. 33 DSRL-PJ	168
bb)	Inhalt des Art. 33 DSRL-PJ	168
c)	Art. 34 DSRL-PJ: Datenübermittlung auf der Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses	170
aa)	Ziele und Funktionen des Art. 34 DSRL-PJ	170
bb)	Inhalt des Art. 34 I DSRL-PJ	170
cc)	Inhalt des Art. 34 II DSRL-PJ	171
dd)	Inhalt des Art. 34 III–IV DSRL-PJ	172
ee)	Inhalt des Art. 34 V–VI DSRL-PJ	172
ff)	Inhalt des Art. 34 VII DSRL-PJ	174
gg)	Inhalt des Art. 34 VIII DSRL-PJ	174
d)	Art. 35 DSRL-PJ: Datenübermittlung auf der Grundlage geeigneter Garantien	174
aa)	Ziele und Funktionen des Art. 35 der Richtlinie	174
bb)	Inhalt des Art. 35 I–II DSRL-PJ	175
e)	Art. 36 DSRL-PJ: Ausnahmen	176
aa)	Ziele und Funktionen des Art. 36 DSRL-PJ	176
bb)	Inhalt des Art. 36 lit. a DSRL-PJ	177
cc)	Inhalt des Art. 36 lit. b DSRL-PJ	177
dd)	Inhalt des Art. 36 lit. c DSRL-PJ	177
ee)	Inhalt des Art. 36 lit. d DSRL-PJ	177
ff)	Inhalt des Art. 36 lit. e DSRL-PJ	179
f)	Art. 37 DSRL-PJ: Besondere Bedingungen für die Übermittlung personenbezogener Daten	179
aa)	Ziele und Funktionen des Art. 37 DSRL-PJ	179
bb)	Inhalt des Art. 37 DSRL-PJ	179
g)	Art. 38 DSRL-PJ: Internationale Zusammenarbeit zum Schutz personenbezogener Daten	180
aa)	Ziele und Funktionen des Art. 38 DSRL-PJ	180
bb)	Inhalt des Art. 38 DSRL-PJ	181
B.	Recht der USA	181
I.	Keine allgemeinen Regelungen zum Datenfluss im internationalen Kontext	182
II.	Explizite und implizite sektorielle Regelungen	182
1.	Explizite Regelung: Internal Revenue Service Rule	183
2.	Beispiel für eine implizite Regelung: Gramm-Leach-Bliley Act of 1999	185

III. Gesetzesinitiativen	187
1. Privacy Act of 1974	188
a) Inhalt des Privacy Act of 1974	188
b) Entwurf einer Regelung zum Datenfluss im internationalen Kontext	189
c) Vereinzelt positive Stellungnahme zum Datenfluss im internationalen Kontext	190
d) Ablehnende Haltung von Seiten der Privatwirtschaft	191
e) Ablehnende Haltung von Seiten des öffentlichen Sektors	192
2. Der erste Entwurf eines SAFE-ID Act of 2004	193
3. Der zweite Entwurf eines SAFE-ID Act of 2004	195
4. Personal Data Offshoring Protection Act of 2004	196
5. Increasing Notice of Foreign Outsourcing Act of 2004	198
6. Weitere Initiativen im Jahr 2005	199
§ 7 Ausblick auf Herausforderungen des Datenflusses im internationalen Kontext	200

Teil 2

Datenschutzkonflikte zwischen der EU und den USA	203
§ 8 „Right to Privacy“ und der Umgang mit Daten und Datenschutz in den USA	203
A. Privacy, Privatheit, Privatsphäre, Datenschutz – eine terminologische Abgrenzung	204
B. Grundlagen und Entwicklung eines „Right to Privacy“	205
I. Der Aufsatz von Warren/Brandeis	205
II. Deliktsrecht (Common Law Torts)	206
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben	207
1. Bundesebene	208
a) 4. Verfassungszusatz – Orientierung am Eigentumsrecht	208
b) 4. Verfassungszusatz – Orientierung an der Person	209
2. Ebene der Bundesstaaten	211
C. Verschiedene Ausformungen des Right to Privacy	211
I. The right to be let alone	213
II. Limited Access to the Self	214
III. Secrecy	214
IV. Control over personal Information	215
V. Personhood (Decisional privacy)	216
VI. Intimacy	217
VII. Kombination der Ansätze	218
D. Insbesondere: Information Privacy Law	218

I.	Verfassungsrecht	219
II.	Einfachgesetzliche Regelungen	222
	1. Fair Credit Reporting Act of 1970	223
	2. Privacy Act of 1974	223
	3. Family Educational Rights and Privacy Act of 1974	224
	4. Cable Communication Policy Act of 1984	224
	5. Electronic Communications Privacy Act of 1986	224
	6. Video Privacy Protection Act of 1988	225
	7. Driver's Privacy Protection Act of 1994	225
	8. Children's Online Privacy Protection Act of 1998	225
III.	Common Law	226
IV.	Selbstregulierung	228
	1. Das Konzept der Selbstregulierung in den USA	228
	2. Die Rolle der FTC	229
	3. Datenschutzerklärungen – Privacy Statements	232
	4. Privacy Seals	232
§ 9 Ursachen für unterschiedlichen Datenschutz in der EU und den USA		233
A.	Untersuchungsgegenstand	233
	I. Untersuchungsobjekt	233
	II. Fragestellung	234
	III. Untersuchungstechnik	234
	IV. Vorbemerkung	235
	V. Gang der Untersuchung	236
B.	Ähnliche Ausgangslage	236
C.	Gründe für die vorgenommenen Regelungen in der EU	238
	I. Bestehende Be- und Empfindlichkeiten im Umgang mit Daten und Datenschutz in der EU	238
	1. Der Zusammenhang zwischen rechtlichen Regelungen und Positionen	239
	2. Unterschiedliche Hintergründe innerhalb der EU	240
	3. Der Einfluss der DSRL und weiterer EU-Regelungen zum Datenschutz	240
	4. Be- und Empfindlichkeiten im Umgang mit Daten in der EU	241
	II. Die Bedeutung der „Würde“ in Europa	246
	III. Die Bedeutung von Vorsorge und Vorbeugung in der EU	249
	IV. Verfassungsrecht	250
	1. Interpretationsoffene Verfassungen	250
	2. Detaillierte und moderne Grundrechtskataloge mit positiven Schutzpflichten	251

3. Normierung des Datenschutzes in Verfassungstexten	251
4. Die Rolle eines Verfassungsgerichts	252
V. Einfluss der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und anderen autoritären Regimen	252
VI. Die Entscheidung für eine bestimmte Strategie zur Rechtsdurchsetzung	254
VII. Die anfängliche Entscheidung für einen allumfassenden Datenschutz	255
D. Gründe für die vorgenommenen Regelungen in den USA	255
I. Bestehende Be- und Empfindlichkeiten im Umgang mit Daten und Datenschutz in den USA	255
II. Die anfängliche Auffassung zur Rolle des Privatsektors bei der Datenverarbeitung	257
III. Die Bedeutung der „Freiheit“ in den USA als Freiheit gegenüber dem Staat	258
IV. Verfassungsrecht	259
1. Keine Normierung des Datenschutzes in der Bundesverfassung	260
2. Grundrechte als staatsgerichtete Abwehrrechte	260
3. Befugnisse der Exekutive und Sicherheitsgesetze nach dem 11. September 2001	262
V. Die Bedeutung der Selbstregulierung des Marktes und der Entwicklung von Technologieunternehmen	264
VI. Die Entscheidung für eine bestimmte Strategie zur Rechtsdurchsetzung	264
1. Rechtsdurchsetzung durch Privatklagen	265
2. Das weitgehende Fehlen von Aufsichts- und Kontrollorganen	266
VII. Die anfängliche Entscheidung für begrenzte Datenschutzregelungen	266
E. Unterschiedliche Herangehensweisen und deren Folgen	267
§ 10 Datenschutzkonflikte und Lösungsansätze	268
A. Datenschutzkonflikte zwischen der EU und den USA	268
I. Konfliktbereich I: Übermittlung von Daten an Unternehmen aus kommerziellen Interessen	268
1. Gegenstand des Konflikts	268
2. Lösungsansätze	268
II. Konfliktbereich II: Übermittlung von Passagierdaten zu Sicherheitszwecken	270
1. Gegenstand des Konflikts	270
2. Bewältigung des Konflikts	270
III. Konfliktbereich III: SWIFT	270
1. Gegenstand des Konflikts	270
2. Bewältigung des Konflikts	271
IV. Konfliktbereich IV: Die bestehenden Datenverarbeitungspraktiken amerikanischer Unternehmen	272
1. Gegenstand des Konflikts	272

2. Bewältigung des Konflikts	273
V. Konfliktbereich V: E-Discovery	274
1. Gegenstand des Konflikts	274
2. Bewältigung des Konflikts	275
VI. Konfliktbereich VI: Die NSA-Affäre	277
1. Gegenstand des Konflikts	277
2. Bewältigung des Konflikts	278
VII. Weitere Konfliktbereiche	280
B. Lösungsansätze und Interessenbalance	280
I. Problem einer Lösungsfindung	280
II. Notwendigkeit einer Interessenbalance	281

Teil 3

Die Übermittlung von PNR-Daten in die USA	284
§ 11 PNR-Daten – Grundlagen	284
A. Begriffsbestimmung	285
B. Nutzung von PNR-Daten zu kommerziellen Zwecken	286
C. Nutzung von PNR-Daten zu Sicherheitszwecken	287
I. Reaktive Nutzung	289
II. Nutzung in Echtzeit	289
III. Proaktive Nutzung	290
§ 12 Nutzung von PNR-Daten zu kommerziellen Zwecken	290
A. Entwicklung von der manuellen Flugbuchung zu Globalen Distributionssystemen	290
I. Manuelle Flugbuchung	291
II. Airline-Reservierungssysteme (ARS)	292
III. Computer Reservierungssysteme (CRS)	293
1. Entwicklung	293
2. Akteure	294
a) Systemteilnehmer	294
b) Systembetreiber	294
c) Systemnutzer	295
3. Bedeutung der Deregulierung	295
IV. Globale Distributionssysteme (GDS)	296
1. Entwicklung	296
2. Charakteristika von GDS	297

a) Eigentumsverhältnisse	297
b) Systembeteiligte	298
c) Produktpalette	298
d) Verbreitungsgrad	298
B. Einzelne Funktionen der Globalen Distributionssysteme	298
I. Darstellung der angebotenen Produkte	299
II. Darstellung und Berechnung der erhältlichen Tarife	299
III. Reservierungen und Erhebung von PNR-Daten	299
IV. Hilfe bei der Abwicklung von Flügen	300
V. Inventarmanagement	300
VI. Datenquelle	301
VII. Gewährleistung technischer Funktionalität	301
VIII. Weitere Zusatzfunktionen	302
C. Aufbau eines PNR-Datensatzes	302
I. Kopfteil	302
II. Leistungsteil	303
III. Informationsteil	303
IV. Nachverfolgungsmöglichkeit von Änderungen	304
V. Transitional Stored Ticket	304
D. Fluggesellschaften und CRS bzw. GDS als verantwortliche Stellen	304
§ 13 Nutzung von PNR-Daten und weiteren Datenarten zu Sicherheitszwecken	309
A. PNR-Daten und weitere Datenarten	310
I. API-Daten	310
1. API-Daten in der EU	311
2. API-Daten in den USA	312
II. Daten auf Beobachtungslisten (watchlists)	314
III. Secure Flight-Passagierdaten	316
IV. Electronic System for Travel Authorization-Daten	317
B. Die Position der USA	319
I. Die Nutzung von PNR-Daten und weiteren Datenarten vor den Anschlüssen des 11. September 2001	319
II. Die Nutzung von PNR-Daten und weiteren Datenarten nach den Anschlüssen des 11. September 2001	320
1. Gesetze und Entwicklungen nach dem 11. September 2001	321
a) Der Aviation and Transportation Security Act	321
b) Der USA Patriot Act of 2001	323
c) Der Enhanced Border Security and Visa Entry Reform Act of 2002	323

d) Der Homeland Security Act of 2002	324
e) Die Homeland Security Presidential Directive 6	324
f) Der National Intelligence Reform and Terrorism Prevention Act of 2004	325
g) Der Implementing Recommendations of the 9/11 Commission Act of 2007	325
2. Verantwortliche Stellen nach den Anschlägen des 11. September 2001	326
a) Department of Homeland Security (DHS)	326
aa) Custom and Border Protection (CBP)	327
bb) Transportation Security Administration (TSA)	328
b) Terrorist Screening Center als Teil der National Security Branch	329
C. Die Position der EU	330
I. Die API-Richtlinie von 2004	331
II. PNR-Systeme in den Mitgliedstaaten	331
III. Initiativen für ein einheitliches PNR-System in der EU	333
1. Vorschlag eines Rahmenbeschlusses des Rates zur Speicherung von Passagierdaten	333
2. Vorschlag einer Richtlinie zur Speicherung von Passagierdaten 2011	335
3. Ausblick	342
IV. Abkommen zwischen der EU und Drittländern	342
1. Abkommen mit den USA	343
2. Abkommen mit Australien	344
3. Abkommen mit Kanada	344
4. Mögliche Abkommen mit weiteren Drittländern	345
V. EU-Konzepte für die Übermittlung von Fluggastdaten	346
1. EU-Konzept für die Übermittlung von Fluggastdaten 2003	346
2. EU-Konzept für die Übermittlung von Fluggastdaten 2010	348
a) Ziele des Konzepts	349
aa) Ausführungen der Kommission	349
bb) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	350
cc) Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	351
b) Grundprinzipien zum Schutz personenbezogener Daten	351
aa) Angemessenheit	352
(1) Ausführungen der Kommission	352
(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	352
(3) Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	352
bb) Verwendung von Daten	353
(1) Ausführungen der Kommission	353
(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	354

cc)	Umfang der Daten	354
	(1) Ausführungen der Kommission	355
	(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	355
dd)	Sensible Daten	356
	(1) Ausführungen der Kommission	356
	(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	356
	(3) Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	357
ee)	Datensicherheit	357
	(1) Ausführungen der Kommission	357
	(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	357
ff)	Beaufsichtigung und Rechenschaft	358
	(1) Ausführungen der Kommission	358
	(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	359
gg)	Transparenz und Bekanntmachung	359
hh)	Zugriff, Berichtigung und Löschung der Daten	359
	(1) Ausführungen der Kommission	359
	(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	360
ii)	Rechtsbehelf	360
jj)	Automatisierte Einzelentscheidungen	361
kk)	Vorhaltezeiten	361
	(1) Ausführungen der Kommission	361
	(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	362
	(3) Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	362
ll)	Weiterübermittlung an andere Behörden	363
	(1) Ausführungen der Kommission	363
	(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	364
mm)	Weiterübermittlung an Drittländer	364
	(1) Ausführungen der Kommission	364
	(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	365
	(3) Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	365
c)	Grundprinzipien in Bezug auf Übermittlungsmodalitäten	366
aa)	Art der Übermittlung	367
	(1) Ausführungen der Kommission	367
	(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	367
	(3) Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	367
bb)	Häufigkeit der Übermittlung	368
	(1) Ausführungen der Kommission	368
	(2) Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	369
	(3) Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	369

cc)	Keine Verpflichtung zur Erhebung zusätzlicher Daten	369
d)	Übergeordnete Konzepte	370
aa)	Geltungsdauer und Überprüfung	370
(1)	Ausführungen der Kommission	370
(2)	Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	370
bb)	Überwachung	371
(1)	Ausführungen der Kommission	371
(2)	Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	371
(3)	Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	371
cc)	Streitbeilegung	372
dd)	Gegenseitigkeit	372
e)	Zusammenfassende Stellungnahmen	373
aa)	Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten	373
bb)	Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	374
f)	Bedeutung und Aussagegehalt des EU-Konzepts – Kriterien der Angemessenheit?	374
§ 14	Grundlagen der Datenauswertung und Auswertungssysteme	377
A.	Data-Mining	377
B.	Datenauswertung für den Sicherheitsbereich	379
I.	Anfänge der Auswertung von Fluggastdaten	379
II.	CAPS bzw. CAPPS	380
III.	CAPPS-II	383
IV.	Secure Flight-System	386
V.	APIS	392
VI.	ESTA	395
VII.	ATS	399
C.	Nutzen der Systeme für den Sicherheitsbereich	405
I.	Fehlen von passenden Rastern und Verhaltensmustern	405
II.	Fehlerfreiheit der vorhandenen Daten und Zuverlässigkeit der Auswertungssysteme	407
III.	Wahrscheinlichkeit falscher Treffer	408
1.	Fehler 1. Art	408
2.	Fehler 2. Art	408
3.	Ausgleich zwischen den Fehlerarten	409
4.	Überlegungen zu möglichen Kosten	410
D.	Ausblick	411
§ 15	Die PNR-Abkommen zwischen der EU und den USA	412

A. Die Situation vor dem Erlass konkreter Regelungen	413
I. Die Ausgangssituation nach dem 11. September 2001 und die Situation der Fluggesellschaften	413
II. Kritik an den Forderungen der USA durch die Art. 29-Datenschutzgruppe	414
1. Grundsatz der Zweckbindung und Grundsatz der Verarbeitung sensibler Daten	415
2. Übermittlung in Drittländer und das Kriterium der Angemessenheit	415
3. Schlussfolgerungen der Art. 29-Datenschutzgruppe	417
B. Vorläufige Regelung in Form einer Verpflichtungserklärung der USA	418
C. Aktualisierung der Verpflichtungserklärung	421
I. Zugeständnisse durch eine Verpflichtungserklärung seitens der USA	421
II. Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	423
III. Inhalt der aktualisierten Verpflichtungserklärung	423
D. Die Angemessenheitsentscheidung und das PNR-Abkommen zwischen der EU und den USA 2004	424
I. Erlass einer Angemessenheitsentscheidung	425
1. Beginn der Verhandlungen zum Erlass einer Angemessenheitsentscheidung	425
2. Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	425
3. Übermittlung des Entwurfs der Angemessenheitsentscheidung an das Parlament	426
4. Erlass der Angemessenheitsentscheidung	427
II. Abschluss des PNR-Abkommens zwischen der EU und den USA 2004	427
1. Gründe für den zusätzlichen Abschluss eines Abkommens	427
2. Beginn der Verhandlungen	428
3. Anhörung des Parlaments	429
4. Abschluss der Verhandlungen	431
III. Nichtigkeitsklagen des EU-Parlaments	431
1. Klagegegenstände der Nichtigkeitsklagen	432
a) Nichtigkeitsklage gegen die Angemessenheitsentscheidung der Kommission (Rs. C-318/04)	432
b) Nichtigkeitsklage gegen den Ratsbeschluss über den Abschluss des Abkommens (Rs. C-317/04)	432
2. Schlussanträge des Generalanwalts Léger	433
a) Stellungnahme zur Klage gegen die Angemessenheitsentscheidung der Kommission	433
aa) Klagegrund 1: Befugnisüberschreitung der Kommission	433
bb) Klagegrund 2: Verstoß gegen die wesentlichen Grundsätze der DSRL	434

cc)	Klagegründe 3 und 4: Verstoß gegen Grundrechte und den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	435
b)	Stellungnahme zur Klage gegen den Ratsbeschluss über den Abschluss des Abkommens	435
aa)	Klagegrund 1: Fehlerhafte Entscheidung für Art. 95 EGV als Rechtsgrundlage	435
bb)	Klagegrund 2: Verstoß gegen das Zustimmungserfordernis des Parlaments bei Änderung der DSRL	438
cc)	Klagegründe 3 und 4: Verstoß gegen Grundrechte und den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	439
(1)	Vorbringen der Beteiligten	439
(2)	Ausführungen des Generalanwalts	440
dd)	Klagegrund 5: Fehlende hinreichende Begründung	444
ee)	Klagegrund 6: Verstoß gegen den Grundsatz des Art. 10 EGV	444
c)	Ergebnis der Schlussanträge	445
3.	Urteil des EuGH hinsichtlich der Angemessenheitsentscheidung und des Abkommens	446
a)	Urteil in Bezug auf die Angemessenheitsentscheidung	446
b)	Urteil in Bezug auf den Ratsbeschluss	447
c)	Auswirkung des Urteils auf die Regelungen	447
d)	Auswirkung des Urteils auf die Rechtsgrundlage von PNR-Abkommen	447
E.	Das vorläufige PNR-Abkommen zwischen der EU und den USA 2006	452
I.	Initiative zur Verhandlung des Abkommens	452
II.	Rechtsgrundlage	452
III.	Versuch des Parlaments, an den Verhandlungen beteiligt zu werden	454
IV.	Positionen des Parlaments	455
V.	Abschluss des Abkommens ohne spürbare Berücksichtigung der Parlamentspositionen	456
VI.	Neuinterpretation der Verpflichtungserklärungen durch ein Schreiben des US Department of Homeland Security	457
VII.	Antwort der EU auf die Neuinterpretation der Verpflichtungserklärung	460
F.	Das Abkommen zwischen der EU und den USA 2007	461
I.	Zweck und Rechtsgrundlage des Abkommens	461
II.	Verhandlung und Vorgehensweise bei der Regelung	461
III.	Einfluss des Parlaments auf die Verhandlungen	463
IV.	Brief des EU-Datenschutzbeauftragten	466
V.	Die Regelungskonstruktion aus Abkommen und Briefwechsel	467
1.	Abkommen zwischen der EU und den USA	467
2.	Schreiben der USA an die EU	468

3. Antwortschreiben der EU an die USA	468
VI. Stellungnahme der Art. 29-Datenschutzgruppe	469
VII. Briefwechsel zur Vertraulichkeit der Verhandlungsdokumente	471
1. Anfrage der USA	471
2. Antwort der EU	472
VIII. Bedeutung der vorläufigen Geltung des Abkommens	473
IX. Ratifikation in den Mitgliedstaaten	475
G. Das Abkommen zwischen der EU und den USA 2012	476
I. Auswirkungen des Vertrages von Lissabon auf bestehende Abkommen ...	476
1. Neue Rechtsgrundlage	476
2. Zustimmungsaufforderung an das Parlament	476
3. Entschließung des Parlaments mit Mindestanforderungen an PNR-Ab- kommen	477
4. Anwendbares Datenschutzrecht und das Kriterium der Angemessenheit	478
II. Position der USA zu erneuten Verhandlungen	482
III. Beginn der Verhandlungen zu einem neuen Abkommen	484
IV. Erste Version des Abkommensentwurfs	485
1. Leak des Abkommensentwurfs durch den Guardian	485
2. Inhalt der ersten Version des Abkommensentwurfs	485
3. Stellungnahme des Juristischen Dienstes zur ersten Version des Ab- kommensentwurfs	486
V. Zweite Version des Abkommensentwurfs	488
1. Die gewählte Regelungskonstruktion	488
a) Das eigentliche Abkommen	488
b) Die Erklärung der EU zum Abkommen	489
2. Der Inhalt des Kommissionsvorschlags	489
a) Das eigentliche Abkommen	489
b) Die Erklärung der EU zum Abkommen	490
VI. Stellungnahme des Europäischen Datenschutzbeauftragten zu dem Vor- schlag	491
VII. Beschluss des Rates über die Unterzeichnung	494
VIII. Verfahren im Parlament	494
1. Beratung im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	494
a) Entwurf einer Empfehlung des Ausschusses durch die Berichterstat- terin	494
b) Stellungnahme des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ..	497
c) Empfehlung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	498
d) Minderheitsansicht	499

2. Plenardebatte zum PNR-Abkommen 2012	499
a) Stellungnahme der Berichterstatterin Sophia in 't Veld	500
b) Stellungnahme von Justizminister Morten Bødskov als Vertreter der dänischen Ratspräsidentschaft	501
c) Stellungnahme von Innenkommissarin Cecilia Malmström	501
aa) Grund 1 für den Abschluss des Abkommens: Notwendigkeit	502
bb) Grund 2 für den Abschluss des Abkommens: Verbesserung	502
cc) Grund 3 für den Abschluss des Abkommens: Alternativlosigkeit	503
3. Abstimmung über die Legislative Entschließung des Parlaments	504
IX. Formelle Annahme durch den Rat	505
§ 16 Rechtliche Würdigung der PNR-Regelungen	506
A. Grundrecht auf Datenschutz aus Art. 8 GRCh bzw. Art. 8 EMRK	506
I. Schutzbereich	507
II. Eingriff	507
III. Rechtfertigung gemäß Art. 52 I 1 GRCh	508
1. Eingriff in das Grundrecht gesetzlich vorgesehen	508
2. Gemeinwohlziel	509
3. Verhältnismäßigkeit	509
a) Prüfungsmaßstab	509
b) Objektiv-rechtliche Bindung	510
c) Prüfungsdichte	514
d) Anzahl und Art der erhobenen Datenelemente	519
aa) Geeignetheit	520
bb) Erforderlichkeit – Problematik	521
cc) Erforderlichkeit der Übermittlung des PNR-Buchungscodes	522
dd) Erforderlichkeit der Übermittlung des Datums der Buchung	523
ee) Erforderlichkeit der Übermittlung des Datums des geplanten Fluges	523
ff) Erforderlichkeit der Übermittlung des Namens des Reisenden	523
gg) Erforderlichkeit der Übermittlung von Vielflieger- und Bonusdaten	524
hh) Erforderlichkeit der Übermittlung von anderen im PNR-Datensatz enthaltenen Namen	525
ii) Erforderlichkeit der Übermittlung von sämtlichen verfügbaren Kontaktinformationen	525
jj) Erforderlichkeit der Übermittlung von Zahlungs- bzw. Abrechnungsinformationen	526
kk) Erforderlichkeit der Übermittlung der Reiseroute	526

ll)	Erforderlichkeit der Übermittlung von Informationen über das Reisebüro	527
mm)	Erforderlichkeit der Übermittlung von Code-Sharing-Informationen	527
nn)	Erforderlichkeit der Übermittlung von Informationen über Buchungssplitting	528
oo)	Erforderlichkeit der Übermittlung des Reisestatus des Fluggastes	528
pp)	Erforderlichkeit der Übermittlung von Flugscheininformationen	529
qq)	Erforderlichkeit der Übermittlung von Informationen zum Gepäck	530
rr)	Erforderlichkeit der Übermittlung von Sitzplatzinformationen	530
ss)	Erforderlichkeit der Übermittlung von allgemeinen Eintragungen	531
tt)	Erforderlichkeit der Übermittlung von APIS-Informationen ..	533
uu)	Erforderlichkeit der Übermittlung der Historie aller Änderungen	539
vv)	Ausblick hinsichtlich Anzahl und Art der erhobenen Daten ..	540
e)	Speicherungsdauer	541
aa)	Geeignetheit	543
bb)	Erforderlichkeit	543
IV.	Rechtfertigung gemäß Art. 8 II GRCh	546
1.	Prüfungsmaßstab – Komponenten der Zweckbindung	546
a)	Bestimmung des Zwecks	547
b)	Verbot der mit dem Zweck unvereinbaren Weiterverarbeitung	547
2.	Bestimmung des Prüfungsgegenstandes	548
3.	Bestimmung der Zwecke der Datenverwendung	549
4.	Übermittlung der Daten innerhalb der USA sowie an Drittländer	552
V.	Verstoß gegen Rechte der Betroffenen	556
1.	Recht auf Auskunft (Zugang von Einzelpersonen)	557
2.	Recht auf Berichtigung, Sperrung und Löschung	559
3.	Rechtsbehelfe für Einzelpersonen	561
a)	Der Fall Hasbrouck	563
b)	Das DHS-System TRIP	569
VI.	Aufsicht	572
B.	Angemessenheit und Optimierungspotenzial	574
§ 17	Optimierungsmöglichkeiten zur Herstellung einer Interessenbalance	575
A.	Überwachungs- und Spionageaffäre 2013	577
B.	Evaluierung des Abkommens	578

I.	Ablauf der Evaluierung	578
II.	Zusammenfassung der Evaluierungsergebnisse	579
III.	Vorschläge der EU zur Verbesserung	582
C.	Optimierungsmöglichkeiten im tatsächlichen Sinne	584
I.	Auswertung weniger grundrechtsrelevanter Daten anstelle von PNR-Daten	584
II.	Stärkung des Bewusstseins für unterschiedliche Herangehensweisen im Umgang mit Daten	585
III.	Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens innerhalb der EU	586
IV.	Einrichtung einer Schlichtungsstelle	586
V.	Verbesserung der Informationspolitik für Passagiere	587
VI.	Verhinderung von Umgehungsmöglichkeiten der Abkommen	588
D.	Optimierungsmöglichkeiten im rechtlichen Sinne	590
I.	Optimierungsmöglichkeiten im Hinblick auf ein neues PNR-Abkommen mit den USA	590
1.	Anzahl und Art der erhobenen Datenelemente	590
2.	Speicherungsdauer	593
3.	Bestimmung der Datenverwendung	593
4.	Übermittlung der Daten innerhalb der USA sowie an Drittländer	595
5.	Recht auf Auskunft	596
6.	Recht auf Berichtigung, Sperrung und Löschung	597
7.	Rechtsbehelfe bei Gericht	598
8.	Aufsichtsstrukturen	598
9.	Rechtsverbindlichkeit von Abkommen	599
10.	Stärkere Einbindung der Fluggesellschaften	601
11.	Institutionalisierung von Gesprächen und Evaluierungen	602
II.	Stärkung internationaler Standards für den Datenaustausch	602
III.	Schaffung rechtlicher Grundlagen für eine Übermittlung von API- und Secure Flight-Daten	606
IV.	Schaffung expliziter rechtlicher Grundlagen für die Tätigkeit von DHS-Beamten in Europa	607
E.	Ausblick	610
	Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	612
	Literaturverzeichnis	614
	Sachwortverzeichnis	654

Abkürzungsverzeichnis

a. E.	am Ende
A. L. I.	American Law Institute
A4A	Airlines for America
Abl.	Amtsblatt
ADIS	Arrival and Departure Information System
AEA	Association of European Airlines
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation/Asiatisch-pazifische Wirtschaftsgemeinschaft
API	Advanced Passenger Information
APIS	Advanced Passenger Information System
AQQ	APIS Quick Query
ARINC	Aeronautical Radio Incorporated
ARS	Airline-Reservation System/Airline-Reservierungssystem
Art.	Artikel
ATA	Air Transport Association of America
ATS	Automated Targeting System
ATSA	Aviation Transportation Security Act of 2001
ATS-A	Automated Targeting System-Antiterrorism
ATS-L	Automated Targeting System-Land
ATS-N	Automated Targeting System-N
ATS-P	Automated Targeting System-Passenger
ATS-TF	Automated Targeting System-Targeting Framework
BCI	Border Crossing Information
BCR	Binding Corporate Rules/verbindliche Unternehmensregelungen
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BfDI	Bundesbeauftragte(r) für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BPolG	Bundespolizeigesetz
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfSchG	Bundesverfassungsschutzgesetz
C. F. R.	Code of Federal Regulations
CAPPS	Computer Assisted Passenger Prescreening System
CAPS	Computer Assisted Passenger Screening System
CBP	Customs and Border Protection
CBPA	Cross Border Privacy Arrangements
CBPR	Cross Border Privacy Rules
CCD	Consular Consolidated Database

CCPA	Cable Communication Policy Act of 1984
CD	Counterintelligence Division
CDC	Department of Health and Human Services Centers for Disease Control and Prevention
CDCJ	Europäisches Komitee für Juristische Zusammenarbeit
Ch.	Chapter
COP	Common Operating Picture
COPPA	US Children's Online Privacy Protection Act
CRS	Computer Reservation System/Central Reservation System/Computerreservierungssystem
CTD	Counterterrorism Division
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DG	Directorate General
DHS	Department of Homeland Security
DI	Directorate of Intelligence
DIN	Deutsche Industrienorm
DMV	Department of Motor Vehicle
DNS	Desoxyribonukleinsäure
DSGVO	Entwurf einer Datenschutzgrundverordnung der EU
DSRB	Datenschutz-Rahmenbeschluss
DSRL	EU-Datenschutzrichtlinie
DSRL-PJ	Entwurf für eine Richtlinie für die Datenverarbeitung bei Polizei und Justiz
e. g.	exempli gratia/zum Beispiel
EBSVERA	Enhanced Border and Visa Entry Reform Act of 2002
ECOWAS	Economic Community Of West African States/Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft
ECR	Europäische Konservative und Reformisten
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EFD	Europa der Freiheit und der Demokratie
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESTA	Electronic System for Travel Authorization
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgend
FAA	Federal Aviation Administration
FAQ	Frequently Asked Questions
FBI	Federal Bureau of Investigation
FCRA	Fair Credit Reporting Act of 1970
FERPA	Family Educational Rights and Privacy Act of 1974
ff.	folgende
FISA	Foreign Intelligence Surveillance Act

FOIA	Freedom of Information Act
FTC	Federal Trade Commission
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	General Agreement on Trade in Services/Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen
GDS	Global Distribution System/Globales Distributionssystem
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GLBA	Gramm-Leach-Bliley Act of 1999
GO	Geschäftsordnung
GRCh	Grundrechtecharta
GUE/NGL	Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
H. R.	House of Representatives
HEW	Department of Housing, Education, and Welfare
HIG	High-Value Detainee Interrogation Group
HIPAA	Health Insurance Portability and Accountability Act of 1996
HSPD	Homeland Security Presidential Directive
I&A	Office of Intelligence and Analysis
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne des/der
IAP	Immigration Advisory Program
IATA	International Air Transport Association
IBE	Internet Booking Engines
IBM	International Business Machines Corporation
ICAO	Internationale Zivilluftfahrtorganisation
ICE	United States Immigration and Customs Enforcement
IDENT	Automated Biometric Identification System
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
insb.	insbesondere
IP	Internet-Protokoll
IRS	Internal Revenue Service
iVgl.	im Vergleich
JI	Justiz und Inneres
LDI	Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit
LIBE-Ausschuss	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
lit.	Buchstabe
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
NCIC	National Crime Information Center
NCTC	National Intelligence Reform and Terrorism Prevention Act of 2004
	National Counterterrorism Center
NDC	National Data Center
NGO	Non Governmental Organisation
NICB	National Insurance Crime Bureau
NIIS	Nonimmigrant Information System
No.	Number
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSA	National Security Agency

NTC	National Targeting Center
O & Ds	Origins & Destinations
OAS	Organization of American States/Organisation Amerikanischer Staaten
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development/Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OIG	Office of Inspector General
OSI	Other Service related Information
PARS	Programmed Airline Reservation System
PAU	Passenger Analytical Unit
PNR	Passenger Name Records/Passagiernamensregister
Pub. L./P. L.	Public Law
ResMon	Airline Reservation Monitoring System
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
S&D	Socialists and Democrats
S.	Seite/siehe/Senate
SABRE	Semi-Automatic Business Research Environments
Sec.	section/§
SEVIS	Student Exchange and Visitor Information System
SFPD	Secure Flight Passenger Data
SIS	Schengener Informationssystem
SITA	Société Internationale de Télécommunications Aéronautiques
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt/sogenannte/sogenanntes
SORN	System of Records Notice
SSI	Special Service Information
SSR	Special Service Request
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
TECS	Treasury Enforcement Communications System
TFTP	Terrorist Finance Tracking Program
TPF	Transaction Processing Facility
TSA	Transportation Security Administration
TSC	Terrorist Screening Center
TSDB	Terrorist Screening Database
TST	Transitional Stored Ticket
TTIC	Terrorist Threat Integration Center
u. a.	unter anderem
U. S. C.	United States Code
u. U.	unter Umständen
UIG	Umweltinformationsgesetz
UN	United Nations
US/U. S.	United States
USA	United States of America
v.	von/vom/versus
vgl.	Vergleiche
VIG	Verbraucherinformationsgesetz
VIS	Visa-Informationssystem
VO	Verordnung

VPPA	Video Privacy Protection Act of 1988
WCO	World Customs Organization
WMDD	Weapons of Mass Destruction Directorate
WTO	World Trade Organisation
z. B.	zum Beispiel

Einleitung

§ 1 Gegenstand der Untersuchung

Zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika besteht eine Vielzahl an Konflikten, die mit dem Datenschutz im Zusammenhang stehen. Diese Datenschutzkonflikte sind bspw. im Zusammenhang mit sozialen Netzwerken, beim Abschluss von Verträgen mit Vertragspartnern in den USA oder der Übermittlung von Passagierdaten in die USA zu Sicherheitszwecken auszumachen. Ein Grund für derartige Datenschutzkonflikte – nicht nur zwischen der EU und den USA – ist stets das Bedürfnis bzw. Erfordernis, Daten von einer Rechtsordnung in eine andere Rechtsordnung zu transferieren. Datenfluss über bestehende Landesgrenzen hinaus, zwischen Privaten und staatlichen Stellen oder zwischen verschiedenen nationalen, supranationalen und internationalen Behörden ist heutzutage an der Tagesordnung. Datenfluss ist in seiner Ausprägung sehr vielschichtig und für den Einzelnen in seiner Dimension nicht mehr erfassbar. Beispielhaft genannt seien der Abschluss eines Kaufvertrages über das Internet mit einem Händler in einem anderen Land, die Übermittlung von Daten über Verstöße im Straßenverkehr zwischen zwei Ländern, Terroristenlisten im Rahmen einer Resolution der Vereinten Nationen oder der Informationsaustausch im Umweltbereich. Eine Aufzählung kann jedoch nur in dem Bewusstsein erfolgen, dass diese stets defizitär ist und bleiben wird, da stetig neue Beispiele für den Datenfluss im internationalen Kontext gefunden werden können. Als Grundlage setzt sich die vorliegende Arbeit zunächst mit dieser Dimension des Datenflusses im internationalen Kontext auseinander, damit einhergehenden rechtlichen Herausforderungen sowie mit der Frage, wie und warum Datenfluss im internationalen Kontext in verschiedenen Rechtsordnungen durch (rechtliche) Regelungen umgesetzt wird. Regelungen zum Datenfluss im internationalen Kontext stellen die Voraussetzungen auf, die erfüllt werden müssen, um Daten rechtskonform in eine andere Rechtsordnung zu übermitteln. Referenzgebiete sind im Rahmen dieser Arbeit vor allem die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika, zwei Rechtsordnungen, die diesbezüglich unterschiedliche Ansätze verfolgen. Die EU verfügt über eine Vielzahl der vorgenannten Regelungen, in den USA finden sich hingegen kaum Regelungen zum grenzüberschreitenden Datenfluss.

Problematisch ist aus Sicht der EU der Datenfluss in Rechtsordnungen, die – wie die USA – kein im Vergleich zu EU-Datenschutzregelungen „angemessenes Datenschutzniveau“ gewährleisten können. Für einen rechtmäßigen Datentransfer von der EU in ein Drittland muss – wie bspw. Art. 25 DSRL bestimmt – ein solches „angemessenes Datenschutzniveau“ im Drittland vorliegen. Regelungen zum Da-

tenfluss im internationalen Kontext führen oftmals dazu, dass eine Rechtsordnung einen Anspruch darauf erhebt, ihren bestehenden Datenschutzregelungen auch beim Export von Daten weiterhin Geltung zu verschaffen. Dies mündet vor allem bei unterschiedlichen Datenschutzz Vorstellungen zwangsläufig in die genannten Konflikte, bei denen eine Vielzahl an Interessen datenschutzrechtlicher, wirtschaftlicher oder sicherheitspolitischer Art eine Rolle spielt. Die EU und die USA haben unterschiedliche Vorstellungen in Bezug auf den Datenschutz. Die verschiedenen Herangehensweisen an das Thema Datenschutz werden aufgezeigt und damit einhergehende Datenschutzkonflikte zwischen der EU und den USA erläutert. Bedeutend ist die Frage nach Lösungen für diese Konflikte. Die vorliegende Arbeit spricht sich für bereichsspezifische, auf den jeweiligen Datenschutzkonflikt abgestimmte, Lösungen aus.

Einer der bereits genannten Datenschutzkonflikte ist die Übermittlung von Passagierdaten (PNR-Daten, auch Passagiernamensregister und Fluggastdatensätze genannt) von der EU in die USA. Dieser Datenschutzkonflikt soll im Rahmen dieser Arbeit genau erläutert und ein Lösungsvorschlag zu einer Konfliktlösung unterbreitet werden. Anhand dieses Beispiels soll ebenfalls die Bedeutung des Kriteriums der Angemessenheit für das EU-Datenschutzrecht aufgezeigt werden. PNR-Daten werden vor allem von Fluggesellschaften bei der Buchung eines Fluges von jedem Passagier erhoben. Durch die Erhebung von bis zu 35 verschiedenen Datenelementen wie bspw. Name, Kreditkartennummer, spezielle Essenswünsche, Reiseroute oder Mobilitätshilfen können die Fluggesellschaften die vorgenommenen Buchungen besser und effizienter bearbeiten und somit auf die Wünsche der Passagiere eingehen, aber auch den Flugablauf planen. Durch PNR-Daten wird die Fluglinie bspw. darüber informiert, wie viele vegetarische, koschere oder Halal Essen auf einem Flug benötigt werden, welchen Passagieren zum Einstieg ins Flugzeug eine Mobilitätshilfe wie bspw. ein Rollstuhl zur Verfügung gestellt werden muss oder welche Gepäckstücke das Flugzeug am schnellsten verlassen sollten, weil sie auf einen in Kürze abfliegenden Anschlussflug verladen werden müssen. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 in den USA begannen vor allem die Sicherheitsbehörden in den USA, diese Daten elektronisch auszuwerten. Durch die Auswertung der von den Fluggesellschaften über ihre Passagiere erhobenen Daten erhoffen sich die Sicherheitsbehörden, potentielle Gefahren für die nationale Sicherheit aufzudecken, die von manchen, mit dem Flugzeug in die USA einreisenden Passagieren ausgehen könnten. Auffällige Passagiere könnten dann genauer überprüft werden. Zudem sollen die aus den Daten gewonnenen Rückschlüsse bei der Aufdeckung bereits begangener Straftaten helfen. Die USA fordern diese Daten auch von Passagieren aus der EU, wodurch der bereits genannte Datenschutzkonflikt entstand, der den Hauptteil dieser Arbeit darstellt.

§ 2 Gang der Darstellung

Die vorliegende Arbeit besteht aus drei Teilen. Der erste Teil behandelt den Datenfluss im internationalen Kontext und seine rechtlichen Voraussetzungen insbesondere in der EU und den USA. Der zweite Teil hat den rechtlichen Umgang mit Daten und Datenschutz in der EU und den USA sowie damit einhergehende Konflikte und mögliche Lösungen für diese Konflikte zum Gegenstand. Der dritte Teil beschäftigt sich ausführlich mit einem dieser Konflikte, der Übermittlung von PNR-Daten von Passagieren aus der EU durch Fluggesellschaften an die Sicherheitsbehörden der USA.

Im ersten Teil der Arbeit wird nach einer kurzen Einführung in das Thema, in der u. a. eine Bestimmung der für diese Arbeit relevanten Begriffe erfolgt (§ 3), eine Realbereichsanalyse vorgenommen, die auf die tatsächlichen Vorkommnisse des Datenflusses mit ihrer Vielschichtigkeit und ihren Akteuren eingeht (§ 4). Der folgende Teil behandelt Gründe für Regelungen des Datenflusses im internationalen Kontext, damit einhergehende Risiken und Herausforderungen sowie die verschiedenen Arten von Regelungen (§ 5). Die daraus geschlossenen Erkenntnisse sind essentiell für die folgenden Darstellungen von ausgewählten Regelungen des Datenflusses im internationalen Kontext, wobei der Schwerpunkt auf den umfassenden Regelungen der EU und den kaum vorhandenen Regelungen der USA liegt (§ 6). Der erste Teil schließt mit einem Ausblick auf Herausforderungen des Datenflusses im internationalen Kontext (§ 7).

Der zweite Teil der Arbeit hat zunächst das „Right to Privacy“ und den Umgang mit Daten und Datenschutz in den USA zum Gegenstand (§ 8). Dabei werden bestehende Regelungen und ihre Ursprünge dargestellt. Daraufhin wird die Frage behandelt, warum in der EU und den USA unterschiedliche Regelungen und eine unterschiedliche Regelungsdichte in Bezug auf den Datenschutz bestehen (§ 9). Des Weiteren werden sich aus den verschiedenen Ansätzen der beiden Rechtsordnungen zum Thema Datenschutz ergebende Datenschutzkonflikte erläutert sowie vorhandene Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt (§ 10).

Im dritten Teil der Arbeit wird einer der bestehenden Datenschutzkonflikte – die Übermittlung von PNR-Daten von Fluggesellschaften an die Sicherheitsbehörden der USA – genau erläutert und es werden Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Dabei wird nach einer Erörterung der Grundlagen (§ 11), die ursprüngliche Nutzung von PNR-Daten zu kommerziellen Zwecken behandelt (§ 12). Daraufhin wird auf die Nutzung von PNR-Daten und weiteren Datenarten zu Sicherheitszwecken eingegangen (§ 13). Im Folgenden werden die Grundlagen der Datenauswertung und der einzelnen Auswertungssysteme aufgezeigt (§ 14). Des Weiteren sind die verschiedenen, bisher abgeschlossenen PNR-Abkommen zwischen der EU und den USA, die Datenfluss legitimieren sollen, Gegenstand der Analyse (§ 15). Anschließend erfolgt eine rechtliche Würdigung der PNR-Regelungen (§ 16). Schließlich wird vor einer abschließenden Schlussbetrachtung eine Diskussion von Optimierungsmöglichkeiten